

Rucht, Dieter; Teune, Simon

Article — Published Version

Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter; Teune, Simon (2017) : Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 1861-8588, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Vol. Sonderband 33, pp. 9-33,
<https://doi.org/10.5771/9783845288413-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226024>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel

Kollektiver öffentlicher Protest ist ein zentrales Mittel politischer Artikulation. Er wird von sozialen Bewegungen, aber auch von etablierten Organisationen oder kurzzeitig bestehenden Gruppen genutzt, um sich und die eigenen Forderungen zu präsentieren. Meist sind Proteste kaum formalisiert. Variationen und Innovationen im Protestgeschehen sorgen immer wieder für Überraschungen. Die Charakterisierung sozialer Bewegungen als ein »moving target« (Tarrow 1991) trifft auch auf Proteste als einer politischen Ausdrucksform zu.

Ogleich Proteste als erratisch und wenig kalkulierbar erscheinen mögen, so verfestigen sich doch im Zeitverlauf Handlungs- und Interaktionsmuster. Es gibt auf Seiten der Protestierenden und auf Seiten anderer Beteiligter – u.a. Adressaten, Polizei und Berichterstattende – ein Erfahrungswissen, wie Protest funktioniert, worin seine Grenzen bestehen und wie damit umzugehen ist. Die Ambivalenz von Kontinuität und Wandel wird bei Protestritualen wie den alljährlichen Ostermärschen oder den Demonstrationen am 1. Mai besonders deutlich. Solche festen Protesttermine unterliegen gleichsam einem Wiederholungszwang und beziehen, zumindest für die unmittelbar Beteiligten, auch daraus ihre Sinnhaftigkeit (Rucht 2003 a). Eine genauere Betrachtung derartiger Demonstrationsrituale zeigt allerdings, dass selbst innerhalb eines relativ konstant bleibenden Rahmens im Laufe der Zeit vielgestaltige inhaltliche und formale Veränderungen sichtbar werden. Dies ist zum Beispiel für die Proteste zum 1. Mai seit 1890 gezeigt worden (Peterson/Reiter 2016).

Nimmt man das gesamte Protestgeschehen in den Blick, so wird insbesondere im weit gespannten Längsschnitt, der *longue durée*, deutlich, dass Problemdeutungen, Protestträger, Gegnerschaften, Strategien sowie Formen der Organisation, Kommunikation und Mobilisierung markanten Wandlungen unterliegen. Solche Veränderungen lassen sich etwa für die öffentliche Wahrnehmung von Protest zeigen: Aus der lange vorherrschenden bürgerlich-konservativen Perspektive, geprägt vom obrigkeitsstaatlichen Denken und der Furcht vor sozialer Umwälzung, wurde politischem Protest und ganz allgemein politischem Konflikt lange Zeit mit Misstrauen begegnet (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1979: 122ff.). Zumal in Form des Straßenprotests war er gleichbedeutend mit Tumult, Krawall und Aufruhr; er galt als Manifestation des Pöbels, der Querulanten, der notorisch Unzufriedenen und Zügellosen (Gailus 1984). Wahlweise erschien er als irrationaler Gefühlsausbruch amorpher Massen oder als subversives Manöver eines von dunklen Mächten betriebenen Versuchs, einen sozialen Umsturz herbeizuführen. Beispielhaft dafür war die eilfertige Etikettierung mancher Protestgruppen der 1950er Jahre als »fünfte Kolonne Moskaus«.

Ab den 1960er Jahren, vor allem bedingt durch das Aufkommen zahlreicher Bürgerinitiativen, begann sich das vorherrschende Bild des Protests zu wandeln. Protest wurde zunehmend als eine »normale« und legitime Erscheinungsform demokratisch-repräsentativer Systeme und als rationales Mittel kollektiver Interessenvertretung wahrgenommen (Roth/Rucht 1987; Fuchs 1991). Gestützt und verstärkt wurde dieses Bild durch

- (a) die soziale Verbreiterung der Trägergruppen von Protest (zu denen nun auch Polizist_innen, Ärzt_innen, Professor_innen und Berufspolitiker_innen gehören),
- (b) die Vervielfältigung und wachsende Spezifikation der Themen von Protest, die teilweise sehr spezielle Anliegen umfassen,
- (c) die Verfachlichung der Begründungen für Protest durch die Einbeziehung von Expert_innen und wissenschaftlichen Ergebnissen,
- (d) die Routinisierung, Rationalisierung und Professionalisierung der Protestmobilisierung,
- (e) die Mediatisierung des Protests, der stärker als zuvor durch die alltägliche Mediennutzung überformt und auf mediale Resonanz hin ausgerichtet ist.

Ablesbar ist die Normalisierung von Protest etwa in der höchstrichterlichen Würdigung, dass Protest »zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört« (BVerfGE 69, 315 Leitsatz 1). Protest findet seitdem als Teil des politischen »Geschäfts« Anerkennung und sogar Wertschätzung, die über seine rechtliche Duldung als einer Ausdrucksform bürgerlicher Freiheiten hinausreicht. In diesem Sinne wurde Protest früh als ein Kennzeichen liberaler Demokratien verstanden, welche als »demonstration democracy« (Etzioni 1970), »Protestgesellschaft« (Pross 1992) oder »Bewegungsgesellschaft« (Neidhardt/Rucht 1993) charakterisiert wurden.

Nicht nur die Wahrnehmung von Protest, auch seine Formen sind mit Bezug auf die sich wandelnden raum-zeitlichen und somit auch die kulturellen Kontextbedingungen in den Blick genommen worden. So vertrat zum Beispiel Charles Tilly die These, die Bildung von Nationalstaaten und die Parlamentarisierung der Politik etwa um die Wende zum 19. Jahrhundert habe zu einem markanten Wandel des Protestrepertoires, also des Ensembles der jeweils genutzten Protestformen, geführt. Diese These schärft den Blick für Veränderungen, erweist sich jedoch in ihrer Zuspitzung als empirisch kaum haltbar. Das gilt wohl auch für die damit verknüpfte Behauptung Tillys, seit der Durchsetzung des modernen Protestrepertoires hätten sich keine wesentlichen Veränderungen mehr ergeben (Tilly 1977; 1978). Selbst wenn man vom Einfluss der digitalen Medien auf die neuere Protestkommunikation absieht, der in den frühen Schriften Tillys noch nicht zu erahnen war, so ist es seit dem frühen 19. Jahrhundert durchaus zu bedeutsamen Erweiterungen des Protestrepertoires gekommen. Zu nennen wären hier zum Beispiel Formen des zivilen Ungehorsams und die »Erfindung des Terrorismus« (Dietze 2016).

An diesen Beispielen ließe sich auch zeigen, inwiefern makrostrukturelle Rahmenbedingungen bestimmte Protestformen ermöglichen oder begünstigen. So bildete im Falle des zivilen Ungehorsams die Existenz einer liberalen Öffentlichkeit

eine wichtige Erfolgsbedingung. Die Innovation des Attentats wurde vor allem durch die Transnationalisierung von Medienöffentlichkeit verbreitet und weiterentwickelt: erst durch die zeitnahe internationale Aufmerksamkeit entfalteten solche Fanale ihre Wirkung.

Jenseits der Formen stellt sich nicht nur für Protestakteure die Frage, was ihr Handeln letztlich bewirkt. Abgesehen von der Wirkungsanalyse hinsichtlich erklärter Zielsetzungen einzelner Proteste oder Kampagnen wären dabei weitere Wirkungsdimensionen in Rechnung zu stellen, darunter Effekte des Protests auf die Protestträger selbst, nicht intendierte externe Wirkungen spezifischer Proteste sowie die Summeneffekte vieler einzelner Proteste und Protestkampagnen, die sich unter Umständen erst in der Rückschau als ein mehr oder weniger tiefgreifender sozialer Wandel erkennen lassen. In dieser Perspektive sind Proteste in der Bundesrepublik als Katalysator kultureller Liberalisierung beschrieben worden (Reichardt 2014). Aber auch Veränderungen der Wahrnehmung von Protest und des polizeilichen Umgangs mit ihm sind als Effekte von Protesten zu verstehen (della Porta 1999).

Mit diesen Hinweisen wird ein weiter Horizont eröffnet, der im Rahmen eines Sammelbandes pragmatisch eingeengt werden muss. Der Buchtitel »Protest in Bewegung« hat eine doppelte Bedeutung: Er zielt einerseits auf die Frage der *Bewegtheit*, also nach Konstanz und Veränderungen im Protestgeschehen, andererseits auf das Protestgeschehen im Rahmen *sozialer Bewegungen*. Unter einer sozialen Bewegung verstehen wir ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, das, gestützt auf eine kollektive Identität, grundlegenden sozialen Wandel durchsetzen oder verhindern will und sich dabei vorwiegend des Mittels kollektiver und öffentlicher Proteste bedient. Ausgeklammert ist damit erstens die allfällige Kritik an gesellschaftlichen Zuständen durch einzelne Intellektuelle, Oppositionsparteien, Stammtischrunden und Äußerungen in privatem Rahmen. Eine zweite Eingrenzung besteht in der Fokussierung auf Proteste, die von Gruppen in Deutschland getragen werden beziehungsweise an denen, zum Beispiel im Rahmen transnationaler Kampagnen, in Deutschland ansässige Protestakteure beteiligt sind (als Ausnahme von dieser Regel analysiert ein Beitrag studentische Proteste in den Niederlanden). Eine dritte Restriktion ist zeitlicher Art. Die Beiträge des Bandes, die im zweiten Teil dieser Einleitung kurz vorgestellt werden, beziehen sich auf Protestphänomene der *letzten Jahre und Jahrzehnte*, nicht aber auf die gesamte Protestgeschichte, die bis in das Hochmittelalter zurückreicht (z.B. Cohn 2006) und selbst die Sklavenaufstände der Antike einschließen könnte. Die *Leitthese* des Bandes lautet, dass sich mit den großen sozioökonomischen und geopolitischen Verschiebungen seit Ende der 1980er Jahre auch die politische Ausdrucksform Protest verändert hat. Wie dieser Wandel aussieht, soll im Folgenden skizziert werden.

1. Vier Dimensionen von Kontinuität und Veränderung

Dieser erste Teil der Einleitung präsentiert knapp und thesenhaft allgemeine Eindrücke zur jüngeren Entwicklung des Protestgeschehens in der Bundesrepublik seit Ende des 20. Jahrhunderts, wobei wir zur Einordnung dieser Proteste zeitlich weiter ausholen. Bei der Skizzierung dieser Entwicklung gehen wir keineswegs davon aus, dass hier lediglich eine national geprägte Dynamik zum Ausdruck kommt, werden doch die hiesigen Problemlagen, Akteurskonstellationen, Strategien und Lösungsansätze zunehmend von inter- und supranationalen Faktoren mit beeinflusst. Unsere kursorische Sichtung entspringt im Wesentlichen eigenen Einschätzungen, stellt also – anders als der bilanzierende Beitrag am Schluss dieses Bandes – nicht die Befunde und Interpretationen der einzelnen Kapitel in den Mittelpunkt. In unseren einleitenden Thesen und Beobachtungen lassen wir uns vom allgemeinen Diskussionsstand sowie unseren eigenen Vorarbeiten auf diesem Gebiet leiten und suchen der Gefahr zu entgehen, die medialen, stark von Nachrichtenwerten und vom Kurzzeitgedächtnis bestimmten Wahrnehmungen und Deutungen der Entwicklung von Protest zu übernehmen. Die zentrale Frage nach Kontinuitäten und Brüchen im jüngeren Protestgeschehen der Bundesrepublik verfolgen wir anhand von vier Dimensionen, auf die jeweils eine spezifische Frage zielt:

- Zu welchen Themen wird protestiert?
- Wer protestiert, wer mobilisiert?
- Wie wird protestiert?
- Wie wird Protest kommuniziert?

1.1 *Zu welchen Themen wird protestiert?*

Welche Themen bei Protesten auf die Agenda gesetzt werden und was die Menschen mobilisiert, wird in hohem Maß von raum-zeitlichen Faktoren beeinflusst. Makrostrukturelle Grundkonstellationen, gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und vorherrschende Stimmungen in der Bevölkerung haben Einfluss auf die Themensetzung durch Protestierende. In der Bewegungsforschung gab es mehrfach Versuche, entsprechende Zusammenhänge nachzuweisen. So vermutete beispielsweise Karl-Werner Brand (1990) einen Zusammenhang zwischen großen Protestzyklen und langen ökonomischen Wellen.¹ Harald R. Kerbo (1982) sah in Abhängigkeit von jeweils dominanten ökonomischen Phasen der Prosperität und Depression einen Vorrang von *movements of affluence* oder *movements of crisis*. Albert O. Hirschman (1982) konstatierte *shifting involvements* in Form einer phasenspezifischen Dominanz von jeweils optimistischen oder pessimistischen gesell-

1 Brand zufolge überwiegen optimistische Versionen der bewegungsförmigen Kulturkritik in Phasen ökonomischer Prosperität (so im frühen 20. Jahrhundert und in den 1960er Jahren), pessimistische Versionen dagegen in Phasen des wirtschaftlichen Niedergangs und der Depression (so in den 1830er und 1840er Jahren, den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, teilweise in den 1920er Jahren und erneut in den 1970er Jahren (Brand 1990: 39).

schaftlichen Grundstimmungen, die auch in Protesten – als eher auf öffentliche Auseinandersetzung oder auf Rückzug ins Private drängende Kräfte – ihren Niederschlag fänden. Derartige Theoretisierungen bieten ein Anregungspotential für weitere Untersuchungen, sollten aber nicht mit belastbaren empirischen Befunden verwechselt werden.

Dies gilt auch für weit ausgreifende Typisierungen von historischen Bewegungsphasen, die meist eine phasenspezifisch als dominant angesehene Bewegung in den Mittelpunkt rücken, ohne empirisch zu klären, welchen Anteil diese Bewegungen am gesamten Protestgeschehen der jeweiligen Phase haben und auch ob sie auch in der Wahrnehmung der Bevölkerungsmehrheit von zentraler Bedeutung sind. Erinnert sei hier an Periodisierung von Alain Touraine (1974) mit seiner Unterscheidung von industriellen und nachindustriellen Bewegungen sowie Ralph Turners (1969) historische Abfolge von bürgerlich-liberalen Bewegungen, Arbeiterbewegung und neuen Bewegungen. In ähnlicher Weise, aber weitaus differenzierter, hat Joachim Raschke (1985) in seinem »historisch-systematischen Grundriß« als jeweils primäre »progressive« Variante die liberale Bewegung der vorindustriellen Phase, die Arbeiterbewegung der industriellen Phase und die neuen sozialen Bewegungen der nachindustriellen Phase zugeordnet, wobei er Letzteren eine Orientierung am Paradigma der »Lebensweise« bescheinigte. Raschke hat allerdings auf die Koexistenz von progressiven Sekundärbewegungen sowie auf entsprechende Gegenbewegungen hingewiesen und zudem Bewegungen danach klassifiziert, ob sie hauptsächlich eine Machtorientierung oder eine Kulturorientierung aufweisen oder aber beide Elemente eng verknüpfen (was Raschke zufolge auf die neuen sozialen Bewegungen zutrifft).

Derartige Konzeptionalisierungen interpretieren das Aufkommen historischer Bewegungsformationen vor dem Hintergrund makrostruktureller Entwicklungen und damit verbundener Konfliktkonstellationen. In ähnlicher Weise interpretiert das Forschungsteam um Kriesi und Grande (2012) die Verschiebung zentraler gesellschaftlicher Konfliktthemen. Basierend auf einer Protestereignisanalyse und der Analyse von Parteiprogrammen nehmen die Autoren an, dass seit Mitte der 1970er Jahre in Westeuropa eine neue Konfliktlinie entstanden ist. Die ökonomische Verflechtung und die zunehmende Mobilität von Menschen bilden den Hintergrund, vor dem Forderungen nach kultureller und ökonomischer Öffnung (vertreten aus Kreisen der Globalisierungsgewinner) den Forderungen nach einer Schließung (vertreten aus Kreisen der Globalisierungsverlierer) entgegenstehen.

Die Protestereignisanalyse, basierend auf der Sammlung von Informationen über viele einzelne Protestereignisse auf der Grundlage gleichbleibender Quellen (in der Regel Tageszeitungen oder Agenturmeldungen) ist das stärkste Instrument der Bewegungsforschung, um empirische Erkenntnisse über die Entwicklung von Protestthemen zu gewinnen (Koopmans/Rucht 2002). Die im Prodat-Projekt² ge-

2 Das Projekt »Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat)« wurde von Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht geleitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 1992 bis 1994 gefördert. Nach drei Erhebungsphasen umfasst der Datensatz gegenwärtig den Zeitraum von 1950 bis 2002.

sammelten Daten für die Bundesrepublik Deutschland zeigen die phasenabhängige relative Verschiebung von Protestthemen deutlich. Gerade für die Zeit nach der Wiedervereinigung decken sich die empirischen Befunde für die Bundesrepublik mit dem ländervergleichenden Ansatz von Kriesi, Grande und Kollegen (vgl. Hutter/Teune 2012: 14-15).

Die Prodat-Daten zeigen, dass in der ersten Phase der Bundesrepublik (1950-64) ökonomische und andere Verteilungsfragen, Wiederbewaffnung und die Abgrenzung zu den Entwicklungen in der DDR im Vordergrund standen. Im Anschluss daran leiteten Ostermärsche und Studentenbewegung eine neue Phase ein (1964-1971). Bildungsthemen, demokratische Rechte und bürgerliche Normen wurden nun deutlich stärker thematisiert. Die an die Studentenbewegung anschließenden neuen sozialen Bewegungen setzten Fragen der Lebensweise und persönlicher Freiheit wie auch die Gefährdung der natürlichen Umwelt auf die Tagesordnung. Die zum Teil sehr konfrontativen Proteste gegen große Infrastrukturprojekte, die Nutzung von Atomkraft und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wurden zu einem Signum dieser Phase (1972-1989). Mit der friedlichen Revolution in der DDR und der anschließenden Wiedervereinigung verschob sich das Tableau der Protestthemen in der Bundesrepublik noch einmal deutlich (1990-2002). Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die Aneignung von Protest durch die extreme Rechte zurückzuführen. Während von organisierten Neonazis in den 1980er Jahren nur vereinzelt Proteste ausgingen, ist die Phase nach der Wiedervereinigung geprägt von spontanen gewalttätigen Attacken und der erklärten Strategie der organisierten extremen Rechten, über Proteste Aufmerksamkeit und Deutungsmacht zu gewinnen (Häusler/Virchow 2016). Mit einem Fünftel der Proteste wird Migration zu einem zentralen Thema dieser Phase. Der europäische Vergleich zeigt, dass dies keine spezifisch deutsche Entwicklung ist, sondern auch in anderen westeuropäischen Ländern geschieht (Hutter 2014). Allerdings zieht ein Großteil der rechtsextremen Proteste zahlenmäßig oft überlegene Gegenproteste auf sich, mit denen demokratische und individuelle Rechte verteidigt werden sollen (siehe den Beitrag von Rosenberger et al. in diesem Band; vgl. auch Marg et al. 2016). Ein anderes Thema, das seit Mitte der 1990er Jahre aufkommt, die Kritik an neoliberalen Globalisierungsprozessen, erweist sich zwar als bedeutend, um unterschiedliche Themen zu bündeln, ragt aber quantitativ im bundesdeutschen Protestgeschehen nicht heraus. Besondere Sichtbarkeit erlangten die globalisierungskritischen Bewegungen allerdings bei Protesten gegen internationale Tagungen und Gipfeltreffen sowie im Rahmen der internationalen Sozialforen, an denen sich auch deutsche Kontingente beteiligten.

Die Protestereignisanalyse zeigt zudem, dass die Themenvielfalt über die beobachtete Zeit zunimmt. Lag die Zahl der erfassten Protestanliegen in den 1950er Jahren noch bei rund Einhundert, so stieg sie bis zu den 1990er Jahren auf das Doppelte (Hutter/Teune 2012: 14). Daran lässt sich ablesen, dass Protest zu einer politischen Taktik wird, die einem Prozess der Normalisierung unterliegt und schließlich von sehr unterschiedlichen Gruppen genutzt wird, um Aufmerksamkeit für ein breites Spektrum von Themen herzustellen, die zum Teil sehr spezifisch sind.

Die Formierung von Protest, insbesondere die Neuformierung einer neuen Bewegung von rechts (Häusler/Virchow 2016) in jüngster Zeit, ist im Kontext struktureller Entwicklungen zu betrachten, die in Begriffen wie Globalisierung, Postdemokratie und Vertrauensverlust in die politische Klasse angedeutet sind. Sie führten bei Teilen der Bevölkerung zu der Wahrnehmung, die etablierte Politik sei unfähig, zentrale Herausforderungen anzugehen oder sei gar Komplizin eines Komplotts. In der Linken wird diese Kritik vor allem in Bezug auf Klimawandel und Welthandel artikuliert, in der Rechten in Bezug auf Migration und kulturelle Liberalisierung. Diese von unterschiedlichen Weltbildern und Werten gespeisten Problemdeutungen führten zu einer Aktivierung der gegensätzlichen Lager, beim Auftreten von Rechtsradikalen auch zu direkten Konfrontationen. Mit dem Erstarken rechtsradikaler Gruppen und Parteien in ganz Europa, mit der Bedrohung des europäischen Projektes auch durch den Brexit, sah sich auch die liberale Mitte zu Reaktionen gegen den Rechtstrend genötigt. Pro-europäische und gegen den Rechtspopulismus gerichtete Kampagnen wie Pulse of Europe waren die Folge.

In der Summe führen diese Entwicklungen zu einer (Re-)Politisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Neben das Gros allfälliger Proteste im Rahmen des relativ stabilen Problemhaushalts der letzten Jahrzehnte (Bürgerrechte, Frauenrechte, Probleme der Arbeitswelt, Stadtentwicklung, Ökologie, Frieden und Abrüstung) treten nun auch Themen, die gleichsam tiefer ansetzen und das grundlegende Selbstverständnis einer Gesellschaft im Hinblick auf ihre Grundwerte und systemische Ausrichtung berühren – und dies nicht nur im nationalen, sondern letztlich globalen Rahmen. Der verbreitete Eindruck, dass »die Welt aus den Fugen« gerate, löst einerseits Ohnmachtsgefühle aus, aber bestärkt andererseits auch Kräfte, die dem etwas entgegen setzen wollen – und sei es auch nur im Kleinen. Exemplarisch zeigt sich dies bei Themen wie dem weltweiten Klimawandel und den Migrationsbewegungen, bei denen grundlegende Strukturfragen (Wachstum um jeden Preis? Armut, Perspektivlosigkeit und Krieg als Fluchtursachen) in den Blick kommen, aber auch lokale Initiativen entstehen, um das vor Ort Mögliche und Nötige in Angriff zu nehmen. Erkennbar ist hier eine Umorientierung von Charity in Richtung sozialen Wandels, wie sie exemplarisch von einer Reihe protestaffiner Stiftungen, darunter der »Bewegungsstiftung«, verkörpert wird.

1.2 *Wer protestiert, wer mobilisiert?*

In Entsprechung zur Vielzahl und Vielschichtigkeit des Problemhaushalts in einer Gesellschaft ist das protestierende »Personal« in seiner Gesamtheit sehr heterogen. Dies gilt auch für manche Einzelthemen, so für Proteste gegen Kriegseinsätze, gegen Massentierhaltung oder gegen neue Stromtrassen. In anderen Fällen demonstrieren klar abgrenzbare Gruppen für ihre je spezifischen Belange, zum Beispiel Milchbauern, Hebammen, Pilot_innen oder Studierende. In wiederum anderen Fällen kommt es zu Protesten, an denen sich sowohl unmittelbar Betroffene mit ähnlichen sozio-demographischen Merkmalen als auch Unterstützer_innen mit einem deutlich anderen Profil beteiligen, so bei manchen Protesten für die Verbesserung der Lage von Geflüchteten.

Generell ist Protest für recht unterschiedliche Gruppen zu einem gängigen Mittel der politischen Auseinandersetzung geworden. Anders als öffentliche Debatten suggerieren, die mit dem Konflikt um Stuttgart 21 den »Wutbürger« entdeckten, sind bürgerliche und konservative Akteure spätestens seit den Auseinandersetzungen um Infrastrukturprojekte in der Hochphase der neuen sozialen Bewegungen integraler Bestandteil von Protesten in der Bundesrepublik.

Repräsentativen Bevölkerungsumfragen zufolge, die sich auf tatsächliche Protestbeteiligung bzw. hypothetische Protestbereitschaft beziehen, sind die gebildeten Mittelschichten als besonders protestaffin einzustufen (Rucht 2003 b: 118). Dieser Befund gilt seit der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre – und auch über die Bundesrepublik hinaus (Dalton 2014). Er bestätigt sich auch in allen Demonstrationsbefragungen über verschiedene Themenfelder hinweg: von Frieden (Rucht 2003 c) bis zu sozialen Belangen (Rucht/Yang 2004), von Infrastrukturprotesten (Rucht et al. 2010) bis zum Welthandel (Daphi et al. 2015 b). Innerhalb dieser Gruppen spielen wiederum die Angehörigen des Humandienstleistungssektors eine herausgehobene Rolle – zumal dann, wenn es um ihre Rolle beim Initiieren und Organisieren von Protesten geht. Die Präsenz von Personen mit hoher formaler Bildung im Protestgeschehen verdankt sich nicht nur deren wachsendem Anteil in der Gesamtbevölkerung aufgrund der starken Bildungsexpansion (Hadjar/Becker 2007); sie ergibt sich auch aus anderen Faktoren, darunter den materiellen und zeitlichen Ressourcen dieser Schichten (letzteres galt – zumindest bis zum Ende der 1990er Jahre – besonders für Studierende), einer verbreiteten Selbstwirksamkeitserwartung, ihrem Wissen um gesellschaftliche Zusammenhänge, ihren besonderen Fähigkeiten zur Artikulation und Organisation von Interessen, vermutlich auch ihrer relativ großen Sensibilität für die Probleme anderer bzw. der Allgemeinheit und damit auch der erhöhten Bereitschaft zu advokatorischem Engagement.

Die zuvor genannten Gruppen aus den gebildeten Mittelschichten, die eine starke Affinität zum liberalen und linken politischen Spektrum zeigen, dominieren eindeutig in den neuen sozialen Bewegungen und inhaltlich-generationellen Nachfolgern wie der globalisierungskritischen Bewegung, den Initiativen gegen Rechts-Extremismus oder den jüngst entstandenen Gruppen zur Unterstützung der 2015 in großer Zahl angekommenen Geflüchteten. In diesen Kontexten ist auch ein relativ großer Anteil von bewegungsaktiven Frauen festzustellen.

Ein anderer Befund zeigt sich bei völkischen und nationalistischen Protesten. Dass die extreme und völkische Rechte vermehrt mit Protesten an die Öffentlichkeit tritt, ist eine der markantesten Entwicklungen seit Anfang der 1990er Jahre. Hier bestimmen eindeutig Männer das Gesamtbild. Auch in anderer Hinsicht unterscheidet sich das sozio-demografische Profil rechter Bewegungen von dem progressiver Bewegungen: Bisherige Studien, die allerdings mehr als andere Befragungen durch Selbstselektion verzerrt sind (Daphi et al. 2015 a; Teune/Ullrich 2015), ergeben für rechte und rechtsradikale Protestgruppen eine stärkere Streuung des Bildungsniveaus. Allerdings findet sich auch hier ein anfänglich eher unterschätzter Anteil an formal gut Gebildeten.

Unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung des Protests erweisen sich Personen mit niedrigem Einkommen und geringerer formaler Bildung im Vergleich zu den gebildeten Mittelschichten als weniger protestaffin. Verstärkt durch eine höhere Wahlabstinz in diesen Kreisen bleiben deren Unzufriedenheit und die Auslassung ihrer Interessen häufig ohne öffentlich sichtbaren Ausdruck (Bödeker 2012).

Seit den 1980er Jahren hat sich auch die Zusammensetzung der Altersgruppen bei Protesten gewandelt. Im Zuge der Normalisierung von Protest spielen ältere Menschen, wie Demonstrationsbefragungen zeigen, eine gewichtigere Rolle als zuvor. Zum einen sind Proteste ein fester Bestandteil ihrer Biographien; zum anderen erscheint Protest nicht länger als eine Domäne von linken Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch wenn Jugendliche nach wie vor eher zu Protesten zu mobilisieren sind, sind sie weniger als in der Vergangenheit als organisierte Gruppen wahrnehmbar. Das gilt insbesondere für Studierende, die sich – sofern sie politisch aktiv sind – in geringerem Maße über ihre studentische Identität definieren und organisieren, sondern als Individuen oder informelle Kleingruppen in Proteste und Protestkampagnen, zum Beispiel gegen Castor-Transporte, gegen den Abbau von Braunkohle, gegen Freihandelsabkommen oder gegen internationale Gipfeltreffen, einreihen.

Auch in organisatorischer Hinsicht ergaben sich in den letzten Jahrzehnten beachtliche Veränderungen im Protestsektor, zumindest aber eine Intensivierung bereits früher angelegter Trends. Die noch in den Nachkriegsjahren dominanten Protestträger waren auf formelle Mitgliedschaft gestützte Großorganisationen, insbesondere (linke) Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vertriebenenverbände, Kriegsheimkehrer, Friedensorganisationen etc. Sie führten meist im Alleingang relativ konventionell anmutende Protestkundgebungen durch, in deren Mittelpunkt die Redebeiträge von Verbandsfunktionären standen (siehe 1.2).

Seit der Außerparlamentarischen Opposition und der damit verbundenen Studentenbewegung der späten 1960er Jahre hat sich das organisatorische Substrat des Protests gewandelt. Neben nach wie vor präsenten Großorganisationen mit formeller Mitgliedschaft, die teilweise an Bedeutung verloren (z.B. Gewerkschaften, Kirchen), teilweise aber auch gewonnen haben (z.B. Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen), sind kleine und meist informelle Gruppen und Bürgerinitiativen getreten. Hinzu kommen fachlich oder aktivistisch ausgerichtete Gruppen und Organisationen. Ein großer werdender Anteil von Protestaktionen geht auf Einzelpersonen und spontane Zusammenschlüsse zurück, die sich jenseits der Proteste nicht zu langfristig agierenden Organisationen verfestigen.

Bemerkenswert ist zudem die Bereitschaft zu temporären oder auch dauerhaften Zusammenschlüssen und Aktionsbündnissen. Vereinzelt werden Protestaktionen oder größere Kampagnen von Hunderten von Gruppen und Organisationen getragen, wobei zunehmend transnationale Bündnisse und Netzwerke ins Spiel kommen. In jüngster Zeit sind als wichtige Protestakteure netzgestützte Kampagnenorganisationen auf den Plan getreten, die ebenfalls einer Bündnispolitik zuneigen. In Deutschland spielt dabei Campact (gegründet 2005) eine Schlüsselrolle. Diese hoch professionalisierte Organisation verkörpert eine große Themenbreite

und kombiniert in der Regel Online- mit Offline-Protesten. Aufgrund ihrer großen Reichweite (nahezu zwei Millionen potentielle Aktive) und finanziellen Stärke avancierte Campact auch zu einem zentralen Akteur bei der Vorbereitung und Durchführung von großen Straßenprotesten, so zuletzt den Demonstrationen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA 2015 und 2016 (Daphi et al. 2015 b).

Charakteristisch für die jüngeren Kampagnen, zum Beispiel gegen die Castor-Transporte, den G8-Gipfel in Heiligendamm und den G20-Gipfel in Hamburg, aber auch die jährlichen Demonstrationen von Kleinbauern, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden unter dem Motto »Wir haben es satt«, ist die Formierung lockerer Bündnisse, in denen eine weitgehende Autonomie der beteiligten Gruppen und Organisationen gewahrt bleibt. Diese Bündnisse setzen keine ideologische Einigkeit voraus und widersetzen sich den früher häufigeren linksdogmatischen Versuchen zur Schaffung einer Einheitsorganisation. Auch wird davon Abstand genommen, eine große soziale Bewegung durch eine quasi-parlamentarische Repräsentanz steuern zu wollen, wie dies vor allem der Koordinationsausschuss der Friedensbewegung in den 1980er Jahren versucht hat.

Die erwähnten organisatorischen Entwicklungen beschränkten sich zunächst vor allem auf das progressive Bewegungsspektrum, sind aber seit rund zwei Jahrzehnten auch im rechten Protestspektrum, zum Beispiel bei den Autonomen Nationalisten, anzutreffen. Das Muster der straffen, auf eine Führungsfigur ausgerichteten Organisation hat zwar in diesen Kreisen nicht ausgedient, verliert aber doch zugunsten weniger formalisierter Organisationsformen – Kameradschaften, lose Zusammenkünfte und Bündnisse – tendenziell an Bedeutung, so dass staatliche Repression durch Organisationsverbote immer weniger greift. Darüber hinaus nehmen auch hier, parallel zur Entwicklung im progressiven Lager, die grenzüberschreitenden Kontakte und Mobilisierungen zu.

1.3 *Wie wird protestiert?*

Auch wenn Protestakteure ebenso wie journalistische Beobachter_innen dazu neigen, (vermeintlich) innovative Formen des Protests hervorzuheben, so erweisen sich die Grundmuster des Protests seit Jahrzehnten als weitgehend stabil (Rucht 2012). Nach wie vor wird das Gros der Proteste mit Rückgriff auf vertraute und vielfach eingeübte Kernelemente organisiert, insbesondere Kundgebung, Marsch, Streik, Resolution und Unterschriftensammlung, Verfahrenseinspruch und Klage vor Gericht, Störaktion und Sachbeschädigung. Die quantitative Bedeutung dieser etablierten Protestformen wird in der Regel unterschätzt, zumal in der medialen Berichterstattung die spektakulären Formen von Protest in den Mittelpunkt rücken. Zu den häufigen und vertrauten Formen des Protests gesellen sich ebenfalls bekannte, aber deutlich seltenere Aktionen wie die temporäre Besetzung von Plätzen und Gebäuden, Mahnwachen, Boykotte, schwere Sachbeschädigungen incl. Sabotageakte, tätliche Angriffe auf Personen, Hungerstreiks und – äußerst selten – Selbstverstümmelungen und der politisch motivierte Suizid. Manche Protesthandlungen verlangen nur einen minimalen Einsatz, in seiner reduziertesten Form

einen Mausklick zur Unterstützung einer elektronischen Unterschriftensammlung; andere beruhen auf einem zeitintensiven und/oder riskanten Engagement mit der Möglichkeit juristischer Sanktionen oder eigener körperlicher Schäden. Es versteht sich, dass nicht alle protestierenden Gruppen das insgesamt verfügbare Repertoire ausschöpfen, sei es aus normativ-ideologischen Gründen, sei es aus Scheu vor dem Aufwand und den Risiken, die mit bestimmten Protestformen verbunden sind.

In der Geschichte der Bundesrepublik überwiegen solche Protestformen, die institutionell geregelt sind (z.B. angemeldete Kundgebungen, legale Streiks) und/oder mit einem relativ bescheidenden persönlichen Ressourceneinsatz verbunden sind. Solche massentauglichen Proteste können vereinzelt Hunderttausende von Teilnehmenden an einer Kundgebung und Millionen von Unterschriften zuwege bringen. Damit werden die aggregierten Teilnehmezahlen pro Jahr oder gar Jahrzehnt zumal dann stark beeinflusst, wenn es im Rahmen einer größeren Kampagne zu seriellen Massenprotesten kommt. Der Blick auf solche herausragenden Ereignisse oder Ereignissequenzen sollte allerdings nicht den Blick auf die große Zahl von prinzipiell in ihrer Form ähnlichen, aber weitaus kleineren Protesten verstellen, die von lokalen bzw. regionalen Initiativen oder sehr spezifischen Teilgruppen der Bevölkerung, etwa Lokführern oder Studierenden, durchgeführt werden.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte scheint der Anteil von stärker kreativen und disruptiven, auch Eigenaktivitäten der Teilnehmenden einschließenden Protestformen zuzunehmen. Das zeigt sich insbesondere bei Formen des zivilen Ungehorsams. Eine Befragung von Protestierenden auf einer Demonstration gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 offenbarte eine erstaunlich große Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam (Rucht et al. 2010). Mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 hat sich massenhafter ziviler Ungehorsam zu einer anschlussfähigen und auch von postautonomen Gruppen favorisierten Taktik entwickelt. Diese Gruppen waren in der Folge an Blockaden von Neonazi-Aufmärschen, dem »Schottern« von Bahngleisen während des Castor-Transports 2010 und den kurzzeitigen Besetzungen von Anlagen zum Braunkohletagebau federführend engagiert. Bei den Blockaden von rechtsradikalen Aufmärschen und Sitzblockaden von Atommülltransporten beteiligten sich auch Gewerkschaften und Umweltverbände, so dass diese Aktionen jeweils viele Tausend Menschen mobilisieren konnten.

Mit der Orientierung an Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams hat sich in Teilen der linksradikalen Szene auch das Verhältnis zu Militanz verschoben. Die ostentative Konfrontation ist in diesen Kreisen weniger identitätsstiftend als in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die meisten Protestgruppen betonen nach wie vor die eigene Friedfertigkeit oder fordern offensiv Gewaltfreiheit ein. In der autonomen und zum Teil auch in der postautonomen Linken werden allerdings militante Aktionen wie Brandanschläge und Angriffe auf Polizeikräfte oder Neonazis toleriert oder ausdrücklich unterstützt. Die Gefährdung von Menschenleben hat sich dabei nach den militarisierten Konflikten der 1970er und 80er Jahre als eine rote Linie erwiesen, die kaum in Frage gestellt wird.

Während die Grenzen legitimen Protests in der radikalen Linken immer wieder szenepfentlich diskutiert werden, bleibt eine solche Diskussion auf der anderen Seite des politischen Spektrums aus. Auch wenn bei Demonstrationen der extremen Rechten in der Regel Konfrontationen mit der Polizei vermieden werden (eine Ausnahme bilden dabei die Autonomen Nationalisten und Hooligans), sind tätliche Angriffe auf als fremd oder links markierte Menschen Alltag. Insbesondere mit der neuen Welle rechter Proteste seit 2014 haben Angriffe und Brandanschläge stark zugenommen (Jäckle/König 2016).

Gemessen an der Gesamtzahl von Protesten ist der Anteil von gewaltförmigen Protesten seit den 1950er Jahren deutlich gestiegen (mit zunächst rückläufiger Tendenz in den Nullerjahren) und hat sich zugleich vom linken in das rechte Spektrum verlagert. Neben den genannten Attacks spielen auch direkte Konfrontationen mit linken Gruppen, vor allem im Rahmen von Demonstrationen, eine Rolle. Allerdings ist die Zahl derer, die an gewaltförmigen Protesten beteiligt sind, in Relation zur Gesamtzahl der Protestierenden verschwindend gering.

Im Gesamtbild ist das Protestgeschehen im Zeitverlauf vielfältiger und bunter geworden. Dazu tragen unter anderem subversive Proteste bei, die Machtverhältnisse teilweise mit künstlerischen Mitteln in Frage stellen, sowie medienwirksame Inszenierungen, die spezifische Aufmerksamkeitsfenster nutzen, um eine Botschaft visuell zu platzieren.

In der Organisation von Protest besteht eine wachsende Neigung, innerhalb eines nur grob konturierten Aktionsrahmens eine Vielfalt von Protestformen nebeneinander zu praktizieren und damit den Aufwand zu umgehen, alle Beteiligten auf einen Aktionsmodus und auf allseits akzeptierte Forderungen und Parolen einzuschwören (Rucht 2011). Sichtbar wurde diese Form der Koordinierung etwa in der impliziten Zuweisung von Protestzonen bei Castor-Transporten oder in der Choreographie, die unterschiedliche Protestangebote gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zeitlich und räumlich entzerrte.

Auffällig, und demnach von den Medien überbelichtet, ist eine Reihe von Protesten, die sich auszeichnen durch besonderen Körpereinsatz (z.B. waghalsige Kletteraktionen), eine hohe symbolische Aufladung qua Ortswahl (Stätten historischer Erinnerung, angefangen vom Brandenburger Tor bis zum Völkerschlachtdenkmal in Leipzig) oder Wahl des Zeitpunkts (Hitlers Geburtstag, Hiroshimatag etc.). Starke Medienaufmerksamkeit erhalten auch subversive Aktionen (Flashmobs, Smartmobs, fingierte Behördenbescheide, Fälschungen von Websites usw.). Manche dieser Aktionen, zumal wenn sie von politisierten Künstlerkreisen unternommen werden, folgen einer historischen Traditionslinie, markiert durch Gruppen wie die Situationistische Internationale und die Gruppe Spur. Das gilt beispielsweise für das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, das Zentrum für politische Schönheit und das Peng-Kollektiv. Andere Aktionen entspringen der Gunst des Augenblicks, der situativ freigesetzten Phantasie, wenn etwa paramilitärisch auftretende Polizeikräfte mit exzessiver Freundlichkeit, mit Blumen, Seifenblasen oder gar Versuchen der Umarmung, bedacht und irritiert werden. Aber auch solche spontaneistisch anmutenden Formelemente können sich verstetigen

und zumindest schwach institutionalisieren (etwa in Gestalt der Rebel Clown Army).

Vor allem jüngere Protestteilnehmer scheinen den Faktor Spaß zu schätzen (Betz 2016). Das findet seinen Ausdruck in Körperbemalung, Kostümen, Nacktauftritten, witzigen Slogans und Plakaten, Samba-Bands und spontanen Tänzen innerhalb oder am Rande von Demonstrationen. Expressive und performative Elemente sind nicht nur eine zwangsläufige Beigabe beim Transport inhaltlicher Botschaften, sondern werden als solche zuweilen in den Rang einer Botschaft erhoben, um Freundlichkeit, Humor, Entspannung und Friedlichkeit zu signalisieren. Das Kontrastbild dazu liefern in prototypischer Weise die Auftritte des Schwarzen Blocks (und seiner Varianten – auch im rechten Lager). Hier geht es um Signale der Drohung, der Ge- und Entschlossenheit, des Kampfgeists. Die harmlosfreundlichen ebenso wie die Aggressivität ausstrahlenden Auftritte liefern medienkompatible Bilder, die sich allerdings qua Wiederholung entwerten. Davon auszunehmen ist das Faszinosum massiver Protestgewalt, welche Berichterstattung garantiert und oft auch dann im Mittelpunkt steht, wenn sie quantitativ ein Randphänomen im jeweiligen Protestgeschehen bildet.

Mit dem Aufkommen des Internet und damit verbundener Kommunikationstechniken hat sich das verfügbare Repertoire von Protestformen erweitert, teilweise auch in seiner Zusammensetzung verändert. Websites, soziale Netzwerke und live streaming ergänzen, überlagern und ersetzen zumindest teilweise die herkömmlichen Orte des Offline-Protests. Sie vergrößern Zahl und Umfang von Unterschriftensammlungen und Petitionen, begünstigen kurzzeitig angesetzte oder blitzartig durchgeführte Protestformen (z.B. Flashmobs), ermöglichen auch elektronische Formen der Blockade (wie die Übernutzung von Netzadressen) bzw. Sabotage (»hactivism«). Die Bedeutung dieser Kommunikationskanäle für das Protestgeschehen wird allerdings häufig überschätzt. Vielfach handelt es sich um technische Adaptionen herkömmlicher Protestformen (etwa Unterschriftensammlungen). Auch ist offenkundig geworden, dass die ausschließliche Nutzung netzbasierter Instrumente selten ausreicht, um große Aufmerksamkeit zu erzeugen und politischen Druck zu entfalten. Deshalb flankieren netzbasierte Kampagnenorganisationen wie Campact elektronisch durchgeführte Unterschriftensammlungen mit diversen Formen des Straßenprotests (siehe den Beitrag von Baringhorst et al. im vorliegenden Band).

Die Praxis von Kampagnenorganisationen zeigt aber auch, dass elektronische Unterschriftensammlungen und ein arrivierter Online-Aktivismus keineswegs kostenlos zu haben sind. Immerhin weist Campact für das Jahr 2016 einen Etat von knapp neun Millionen Euro aus, beschäftigt rund 50 Mitarbeitende und investiert fortlaufend erhebliche Beträge, im Jahr 2016 knapp 1,5 Millionen Euro, in »Software- und Hardware-Infrastruktur für Kampagnen, Pflege von Aktionsmodulen«. Mit der verstärkten Nutzung elektronischer Medien, vielleicht auch gestützt durch die Handlungspräferenzen und -stile jüngerer Generationen von AktivistInnen, ist das Protestgeschehen insgesamt dynamischer, kurzatmiger und unberechenbarer geworden. In der öffentlichen Betrachtung von Online-Aktivismus ist nach einer anfänglichen Euphorie mehr Realismus eingeleitet. Im Netz bekundete

Bereitschaft wird kaum mehr als tatsächliche Aktionsbereitschaft gewertet. An die Stelle der modischen Rede von Facebook-Revolutionen im In- und Ausland ist eine differenziertere Betrachtung getreten, in der auch herkömmliche Kanäle der face-to-face-Mobilisierung via Gewerkschaften, Nachbarschaften, religiöse Gruppen und so weiter gewürdigt werden. Auch schwindet der Vorsprung, den einzelne Gruppen und Protestspektren zunächst durch die frühzeitige Nutzung elektronischer Medien erlangt haben, allmählich dadurch, dass es im Netz nicht nur zu einer Schwemme ideologisch und thematisch ähnlich motivierter Protestaufrufe kommt, sondern auch die politische Gegenseite sich derselben Mittel bedient (bis hin zu von Unternehmen initiierten vorgeblichen Bürgerinitiativen, dem so genannten »astroturfing«, siehe Walker 2014) und zudem Instrumente der maschinell erzeugten, also nicht von vielen einzelnen Menschen getragenen Aktionen eingesetzt werden (Stichwort: bots).

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt des neueren Protestgeschehens ist die Modularität von Protestformen und -symbolen (Tarrow 1998: 29). Diese werden aus ihrem ursprünglichen inhaltlichen, ideologischen oder gruppenspezifischen Kontext gelöst, um als formale Bausteine in einem ganz anderen, oft auch politisch entgegengesetzten Kontext Verwendung zu finden. Seit Anfang der 2000er Jahre haben sich Akteure der extremen Rechten das Repertoire linker Gruppen angeeignet. Das gilt für bestimmte Aktionsformen (z.B. das Sit-in oder Kletteraktionen); das gilt auch für Gruppenbezeichnungen (wie Autonome Nationalisten), die Referenz an Heroen des politischen Kampfes (Che Guevara-Portraits auf T-Shirts von Rechtsradikalen), die Übernahme von Kleidungsstilen (Schwarze Blöcke in rechtsradikalen Demonstrationen), Liedern und Parolen (das in linken Kreisen verwendete Diktum »Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand Pflicht« bei Pegida-Demonstrationen).

1.4 *Wie wird Protest kommuniziert?*

Kollektiver Protest ist nur denkbar als Ergebnis von Kommunikationsprozessen. Welche Themen zum Gegenstand von Protest werden, welche Zielgruppen in der Mobilisierung angesprochen werden, welche Adressaten und Allianzpartner in der Vorbereitung eines Protests angepeilt werden, sind Fragen, die in vorangehenden Organisationsprozessen geklärt werden. Dabei reichen die Intensität und die Formalisierung der vorbereitenden Kommunikation von einem spontanen Zusammenschluss von Facebook-Bekanntschaften, die ein gemeinsames Problem thematisieren und in die Öffentlichkeit tragen, bis hin zu jahrelangen Vorbereitungsprozessen konkurrierender Protestbündnisse, wie sie bei den Gipfelprotesten der 2000er Jahre zu beobachten waren. Kommunikation findet aber nicht nur unter jenen statt, die einen Protest organisieren, sondern auch unter denen, die sich daran beteiligen oder mit einer Sache sympathisieren. Nach außen zielt Protest auf die Kommunikation eines Anliegens gegenüber Adressaten und Dritten. Schließlich liegt darüber eine weitere Ebene der Kommunikation: die öffentliche Rede über Protest, besonders gut erforscht für massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten und Parlamente.

Geht es um die Protest vorbereitende Kommunikation, so erweist sich vor allem eine sozio-technische Entwicklung seit den 1980er Jahren als entscheidende Bedingung: die Nutzung von computervermittelter Kommunikation, zuletzt von sozialen Netzwerken im Internet. Waren in den 1980er und 90er Jahren physische Treffen von Initiativen und Mesomobilisierungsnetzwerken (Gerhards und Rucht 1992) sowie Zeitschriften die zentralen Plattformen interner Protestkommunikation, so sind diese seit Mitte der 1990er Jahre durch digitale Kommunikationsformen ergänzt und – bei wenigen Protestmobilisierungen – in den Schatten gestellt worden. Die Nutzung von Smartphones und sozialen Netzwerken verändert die Konstitution von Protest auch in anderer Hinsicht: Die vorgelagerte Meinungsbildung und die Prägung kollektiver Emotionen sind stark durch solche Formen der Kommunikation vermittelt (Earl/Kimport 2011).

Digitale Medien haben auch die Möglichkeiten von Protestierenden verbessert, ihre eigenen Aktionen (und Reaktionen anderer, z.B. von Polizei, Medien und Regierung) öffentlich zu teilen und zu kommentieren. Dadurch erhalten lokale Ereignisse potenziell in Echtzeit eine transnationale Bühne. Seit der Jahrtausendwende bildete die Plattform Indymedia in dieser Hinsicht die bedeutendste Möglichkeit der öffentlichen Kommunikation unter Umgehung massenmedialer Kanäle. Allerdings blieb die Rezeption in der Regel auf ohnehin sympathisierende Kreise begrenzt. Die Protestkommunikation über soziale Netzwerke im Internet und die damit verbundenen Praktiken des Teilens und Kommentierens erhöhen die potenzielle Reichweite enorm – allerdings um den Preis, die Kontrolle über die Distribution von Nachrichten an kommerzielle Betreiber und die von ihnen entwickelten Algorithmen abzugeben.

Digitale Medienpraktiken haben traditionelle Kanäle zur Herstellung alternativer Öffentlichkeiten nicht ersetzt. Wie in den 1980er Jahren finden interne Debatten nach wie vor in Zeitschriften statt; zudem fungieren freie Radios und Videokollektive als Foren für aktivistische Perspektiven. Aber durch die Nutzung sozialer Netzwerke wurde die Grenze zwischen Bewegungsmilieus und anderen gesellschaftlichen Sphären aufgeweicht. Über Facebook und Twitter kommunizieren einzelne AktivistInnen z.T. direkt mit Adressaten, Medienschaffenden und Gegenbewegungen. Das kann Sichtbarkeitsgewinne bringen, erhöht aber auch die damit verbundene Verletzlichkeit durch Überwachung und persönliche Angriffe.

Trotz dieser Entwicklungen bleiben professionell hergestellte Medien, Tageszeitungen, Magazine, Radio und Fernsehen sowie deren Onlinepräsenzen eine entscheidende Größe in der Kommunikation von Protest. Wie über Protest gesprochen wird und was als legitim gilt, erhält nach wie vor stark durch massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten allgemeine Bedeutung. In einer Hinsicht haben sich zwischen 1980 und heute kaum Verschiebungen auf dieser Ebene der Kommunikation ergeben. Die Selektionskriterien, nach denen Proteste als relevant eingeordnet werden, die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit radikalen Positionen und die absolute Verurteilung von gewaltförmigen Konfrontationen erweisen sich als über Zeit stabile Faktoren der Berichterstattung über Protest. Allerdings haben die Protestierenden sich stärker auf die Produktionsbedingungen und Routinen im Journalismus eingestellt. Mehr als zuvor sind Protestaktionen auf die Maximie-

rung medialer Aufmerksamkeit ausgerichtet. Mit der Zunahme und Mediatisierung von Protesten wächst auch die Konkurrenz auf dem Markt der Meinungen und Sichtbarkeiten. Das begünstigt einen Überbietungswettbewerb sowohl in Richtung einer quantitativen Steigerung von Anhängern und Unterstützern als auch von aufmerksamkeitsheischender Kreativität. Einige Protestgruppen professionalisieren ihre Medienarbeit, richten sich nach den Erwartungen im professionellen Journalismus und reagieren unmittelbar auf die Berichterstattung.

In der digitalen Echtzeit-Kommunikation haben sich die Aufmerksamkeitszyklen weiter verkürzt. Damit verstärkt sich der Trend zu einer oberflächlichen Bestimmung von Protest. Die Ökonomie der von Klickzahlen bestimmten Onlinemedien begünstigt darüber hinaus eine polarisierende Kommentierung und den Fokus auf Emotionen und bildstarken Protest. Auch auf diese Entwicklungen stellen sich Protestakteure mit entsprechenden professionellen Inszenierungen und minutiös geplanten Kampagnen ein.

Die Entwicklungen im Protestgeschehen lassen sich schwerlich auf einen einfachen Nenner bringen. Das facettenreiche Protestgeschehen der letzten Jahre und Jahrzehnte entzieht sich einer klaren Verortung als Ausdruck von Krisenbewegungen oder aber Wohlstandsbewegungen, als Bewegung des gesellschaftlichen Progression oder Regression, als Zeichen einer »Misstrauensgesellschaft« (Walter 2013), als Aktivität einer spezifischen Generation, sozialen Schicht oder eines bestimmten politischen Lagers, als Aufstand der direkt Betroffenen oder als anwaltschaftliche Vertretung der Interessen der Allgemeinheit oder marginalisierter Gruppen. Die Träger von Protestaktionen reichen von lokalen Bürgerinitiativen bis hin zu transnationalen Aktionsbündnissen und Kampagnen, die auch Großorganisationen einbinden. Auf allen Ebenen geht der Trend in Richtung einer losen Vernetzung, die den beteiligten Gruppen und Organisationen Spielräume für ihre je spezifischen Themensetzungen und Aktionsformen lässt und sie nicht in das Korsett verbindlicher Aktionsformen und Slogans zwingt. Der Sachverhalt von »multiple identities« (della Porta 2005: 180-85) erscheint dann nicht als Hindernis, sondern vielmehr als Stärke (Daphi 2017). Allerdings gelingt es nicht immer, die Spannungen zwischen den eher moderaten und eher radikalen Gruppen zu überbrücken. Zuweilen zerbricht ein mühsam ausgehandelter Aktionskonsens; andere Gruppen, die sich an Vorbereitungen nicht beteiligt haben, können durch militante Aktionen eine Protestbewegung diskreditieren; zuweilen kommt es auch mit Blick auf dieselben Protestanliegen und Protestanlässe zu getrennten Veranstaltungen und Auftritten des moderaten und radikalen Lagers.

Das gegenwärtige Protestgeschehen ist durch eine starke Differenzierung der Themen, der sozialen und organisatorischen Träger sowie der Taktiken und Aktionsformen gekennzeichnet. Das bedeutet auch, dass viele Konflikte im Rahmen je spezifischer Fachpolitiken und Arenen artikuliert und behandelt werden, ohne dass insgesamt ein starker Druck in Richtung eines grundsätzlichen systemischen Wandels entsteht. Den meisten Protestgruppen geht es um Veränderungen *im* System, nicht um eine Umwälzung *des* Systems. Obgleich breitere Projektionsflächen für ein vielschichtiges Unbehagen mit Stichworten wie Globalisierung, Neoliberal-

lismus oder Postdemokratie benannt werden, obgleich mit dem globalisierungskritischen Slogan »Eine andere Welt ist möglich« eine Alternative behauptet wird, ist doch unverkennbar, dass der progressive Protest in seinen Wertgrundlagen an Traditionsbeständen des liberalen Bürgertums anknüpft, aber keinen systemischen, die Einzelkritiken übergreifenden Gegenentwurf, geschweige eine Utopie benennen kann. Auch fast drei Jahrzehnte nach seinem Ende reicht der Schatten des Realsozialismus bis in die Gegenwart, sodass die Experimente einer radikal egalitären und solidarischen Lebensweise als insuläre Projekte, nicht aber als Vorschein einer möglichen Massenbewegung anmuten, die, gemäß dem Motto der Occupy-Bewegung, aus den »99 Prozent« bestehen soll. Somit besteht eine eklatante Lücke zwischen der erdrückenden Fülle von Einzelproblemen und bereicherspezifischen Krisen auf der einen Seite und, auf der anderen Seite, der Aussicht auf eine Bewegung des gesellschaftlichen Aufbruchs, der über Abwehrkämpfe hinausreicht.

2. Strukturierung des Bandes und Präsentation der Beiträge

Der vorliegende Band geht zurück auf einen call for papers, der nach Veränderungen in den Bedingungen, Formen und Effekten von Protesten in den letzten 30 Jahren fragt. Die ausgewählten Beiträge bringen diese drei Aspekte in sehr unterschiedlicher Gewichtung und Verbindung zur Geltung. Als Gliederungsprinzip boten sich deshalb eher die inhaltlichen Schwerpunkte der Kapitel an. Nachfolgend beschreiben wir knapp deren jeweilige Fragestellung und Ausrichtung. Ein Resümee zu der Frage, inwiefern die Kapitel breitere Trends vermuten lassen, findet sich im Schlusskapitel.

Die Beiträge im ersten Teil thematisieren die transnationale Verwobenheit von Protesten und die Einbettung in Mehrebenensysteme: inwieweit spielt Europa bei Protesten in Deutschland eine Rolle? Setzen zivilgesellschaftliche Kampagnen in globalen Produktions- und Handelsketten eher auf marktbasierter als auf nationalstaatlicher Regulierung? Welche Folgen hat die Öffnung internationaler Institutionen für deren Herausforderer und die Politik der Institutionen selbst? Und inwiefern knüpfen Studierendenproteste in ihren Ideen und Formen an Erfahrungen der globalisierungskritischen Bewegung an?

Die Vermutung liegt nahe, dass die fortschreitende europäische Integration auch mit einer entsprechenden Europäisierung des Protestgeschehens verbunden ist. Dieser Annahme und den Fragen nach den möglichen Gründen einer derartigen Entwicklung gehen Regina Becker und Swen Hutter in ihrem Beitrag mit dem Titel »Europäisierte Protestlandschaft« nach. Dabei beschränken sie sich auf Proteste mit deutscher Beteiligung im Zeitraum von 1995 (Vertrag von Maastricht) bis zur Eurokrise (2014). Der methodische Weg ist eine Protestereignisanalyse auf Grundlage von Artikeln in der Frankfurter Rundschau. Die Analyse zeigt, dass (1) Proteste mit einem Bezug zum europäischen Integrationsprozess keinen dominanten Teil der deutschen Protestarena ausmachen und inhaltlich nach wie vor Proteste zu ökonomischen Themen und Forderungen nach einem sozialen Europa

überwiegen, dass (2) Proteste mit Europabezug nicht nur an nationale, sondern zunehmend an europäische Institutionen gerichtet sind und (3) die Protestdynamik nicht eng an Parteipolitik gekoppelt ist, sondern einer Eigenlogik folgt, die stark durch situative Faktoren bestimmt ist und keine Verstetigung oder kontinuierliche Zunahme von Protesten mit Europabezug erkennen lässt.

Unter dem Titel »Mehr Staat durch Markt?« greifen Melanie Kryst und Sabrina Zajak die Anti-Sweatshop-Bewegung auf, um der Frage nach einem Strategiewechsel hinsichtlich einer möglichen Bedeutungsverschiebung von Staat und Markt als Adressaten des Protests nachzugehen. Die mit dem Neoliberalismus verbundene relative Schwäche von Staaten gegenüber transnational agierenden ökonomischen Akteuren würde es nahelegen, vor allem Letztere zur Zielscheibe der Kritik zu machen. Allerdings zeigen die Autorinnen, dass ergänzend dazu auch Staaten angesprochen werden. Hierbei kommt es seit den 1990er Jahren zu einer Verlagerung der Forderungen. Einerseits finden sich nach wie vor herkömmliche Appelle an den Staat, das Marktgeschehen durch regulative Eingriffe, abgestützt durch juristische Sanktionsmöglichkeiten, zu begrenzen. Andererseits mehrten sich Forderungen nach staatlich gestützten, aber letztlich marktbasieren Lösungen zur Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit (z.B. Anreize über den Kaufpreis; Auftritte des Staates als Konsument ökonomischer Güter und Leistungen). Zudem sollen auch private Regulierungsansätze, etwa Multi-Stakeholder-Initiativen, von staatlicher Seite ermutigt und in ihrer Durchsetzungskraft durch quasi-justizielle Regulierungen gestärkt werden. Damit widersprechen die Autorinnen der Annahme, dass die Politisierung des Marktes mit einer Depolitisierung der Ökonomie einhergeht.

Wie transnationaler Protest seit den 1980er Jahren das Zusammenspiel von internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen verändert hat, greift Felix Anderl am Beispiel der Weltbank auf. Diese leitete in Reaktion auf zivilgesellschaftliche Kritik den partizipativen Extractive Industries Review-Prozess ein, der die Praxis der Organisation in diesem Wirtschaftsbereich prüfen sollte. Anderl rekonstruiert den Prozess als Teil eines breiteren Trends zur Öffnung von global governance für zivilgesellschaftliche Stimmen. Auf Seiten der Weltbank ist der Review zugleich ein Zugeständnis und eine Möglichkeit, den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das organisationale Lernen, das als Folge des Prozesses erkennbar ist, bleibt aber begrenzt. Es findet auf untergeordneten Ebenen statt und kann nicht als Reform verstanden werden. Zugleich zeichnet sich ab, dass der Prozess eine eigene Dynamik annimmt, die zentrale Kritikpunkte in die Organisation trägt und Positionen formuliert, an denen sich die Weltbank in Zukunft messen lassen muss. Auf Seiten der Protestgruppen führt der vermeintliche Erfolg einer Öffnung für Kritik zu einer Spaltung des transnationalen Advocacy-Netzwerkes. Auf der einen Seite steht die Strömung, die die Öffnung nutzen und an die einmal gemachten Zugeständnisse anknüpfen will, um konkrete Änderungen herbeizuführen. Ihr gegenüber steht die konkurrierende Strömung, die die Öffnung als Vereinnahmungsfalle versteht. Damit lassen sich am Fall der Weltbank Prozesse nachzeichnen, die im Zuge der Öffnung von global governance

auch in anderen Kontexten die Dynamik von internationalen Organisationen und Protestgruppen bestimmen.

In den letzten Jahren stattfindende Proteste an Universitäten in zahlreichen Ländern haben laut Christian Scholl und Annette Freyberg-Inan nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit in der Bewegungsforschung gefunden. Die Autor_innen konzentrieren sich in ihrer Fallstudie auf Proteste in Amsterdamer Universitäten in den Jahren 2015-16, interpretieren diese jedoch innerhalb eines breiteren zeitlichen, räumlichen und sachlichen Rahmens. Sie sehen solche Proteste als »intrinsisch verknüpft mit der breiteren Welle von Globalisierungskritik der Gegenwart« und als mögliche Vorboten »einer pan-europäischen oder gar globalen Bewegung« für universitäre Reform, die sich u.a. gegen Tendenzen des New Public Management richtet und positiv auf Demokratisierung, Dezentralisierung und den gesellschaftlichen Nutzen universitärer Ausbildung bezieht. Die globalisierungskritische Grundierung der Proteste erweist sich nicht nur an den Inhalten, sondern auch an den dominanten Formen. Erneut, so die Autor_innen, treten Universitäten als »Brutkasten und Bestandteil der Gesellschaftskritik« auf. Allerdings gehe die Herausbildung europäischer Gegenöffentlichkeit noch immer zaghaft vonstatten und habe sich noch kaum verstetigt.

Der zweite Teil des Bandes versammelt Beiträge, die die jüngsten Proteste vor dem Hintergrund der Diskussion über Postdemokratie einordnen. Werden mit den Occupy-Protesten Klassenkonflikte neu verhandelt? Schaffen Kampagnen, die on- und offline-Mobilisierung kombinieren, neue Chancen effektiver Einflussnahme? Inwiefern haben globalisierungskritischen Proteste einen längerfristigen Effekt auf internationale Handelspolitik?

Ausgehend von soziologischen Konflikttheorien fragt Oliver Nachtwey, was neuere Proteste, in diesem Fall vornehmlich Occupy-Proteste, auszeichnet und ob diese eine historisch neuartige Konfliktkonstellation, eine erneute »Große Transformation«, anzeigen. Eine Besonderheit dieser Proteste, so der Autor, besteht darin, dass sie zwei traditionelle Anliegen, die demokratische und die soziale Frage, verbinden und dabei die mit Rechtsansprüchen versehene Kategorie Citizenship in den Mittelpunkt rücken. Der im Rahmen des Wohlfahrtsstaats und der ausgebauten Demokratie eingehetzte Klassenkonflikt breche nun in Form einer »neuen Klassendimension (Prekariat und ›Ein Prozent‹)« wieder auf, drehe sich aber nun im Kern um die Auslegung von Staatsbürgerrechten in ihrer politischen wie sozialen Dimension. Diese Deutung, die auch für die Proteste in der Bundesrepublik geltend gemacht wird, weist über andere Einschätzungen speziell der Occupy-Proteste hinaus, die darin lediglich ein kurzes und folgenloses Aufbegehren unzufriedener Jugendlicher sehen wollten.

»Webzentrierte Hybridkampagnen« sind Gegenstand des Beitrags von Sigrid Baringhorst, Mundo Yang, Kathrin Voss und Lisa Villioth. Die Autor_innen knüpfen an Theorien der Postdemokratie an, welche teilweise dem Internet pauschal eine depolitisierende bzw. demobilisierende Funktion zusprechen. Damit träte aufwendige und intensive kollektive Protestbeteiligung in den Hintergrund. Diese Annahme verkenne allerdings die Realität hybrider Protestkampagnen, in denen die strikte Trennung von Online- und Offline-Aktivitäten aufgehoben wür-

de. Der empirischen Untermauerung dieser Sicht dienen drei Fallstudien zu webzentrierten umweltpolitischen Mobilisierungen in Deutschland: eine Kampagne der Organisation Campact gegen Fracking sowie zwei von Einzelpersonen initiierte Kampagnen im Rahmen der Plattform Change.org, davon eine wiederum gegen Fracking, die andere gegen Plastikverpackungen des Werbebeeindrucks »Einkauf Aktuell« von der Deutschen Post. Der Vergleich der Fallstudien zeigt erstens, dass deutliche Unterschiede in den Rahmenbedingungen und Vorgehensweisen der Mobilisierungsplattformen bestehen. Zum Zweiten belegt die Analyse, dass webzentrierte Kampagnen tatsächlich als Hybridkampagnen stattfinden, wobei, anders als im Fall von Campact, auch von Einzelpersonen ausgehende Mobilisierungen gerade dank deren hybriden Charakters erhebliche Effekte zeitigen können. Insgesamt, so die Erwartung, ist mit einer »erhöhten Wechselhaftigkeit und Pausenlosigkeit von Hybridkampagnen« zu rechnen, in denen medienversierte Themenanwälte wechselnde Unterstützerkreise mobilisieren.

Holger Janusch und Volker Mittendorf behandeln in ihrem Beitrag »Globalisierungskritik in der Postdemokratie« die Frage, ob es globalisierungskritischen Bewegungen gelingen kann, die weitgehend von ökonomischen Akteuren getriebenen Globalisierungsprozesse zu repolitisieren und damit auch mehr »Bürgermacht« zu etablieren. Empirischer Gegenstand der Untersuchung sind die Proteste gegen eine Reihe von angestrebten bzw. abgeschlossenen US-Freihandelsabkommen. Ausgewählt wurden zum einen die bilateralen Verhandlungen mit Ecuador, Südkorea und Thailand, zum anderen die multilateralen Abkommen ACTA und TTIP, welche auch Länder Europas einbezogen. Hierbei wird eine diachrone und synchrone Vergleichsperspektive gewählt. Es wird gezeigt, dass und warum die globalisierungskritischen Proteste gegen die bilateralen Abkommen durchaus beachtliche Effekte bezüglich eines Policy-Wechsels und Polity-Wandels erzielen können. Dies gilt allerdings nur dann, »wenn die »Proteste eine Größe, Dauerhaftigkeit und Intensität erreicht hatten, welche die politische Stabilität des Herrschaftsverbandes insgesamt ernsthaft gefährdete«. Im Unterschied dazu hatten die Proteste gegen ACTA und TTIP denselben Effekt, »ohne eine für den Herrschaftsverband kritische Konfliktintensität zu erreichen«. In beiden Fällen spielten netzbasierte Kampagnen, welche Straßenproteste vorbereiteten bzw. flankierten, eine wichtige Rolle. In den erzielten Effekten sehen die Autoren allerdings nur punktuelle Veränderungen, die es nicht vermochten, politische Systeme nachhaltig zu beeinflussen und die regulativen Fähigkeiten der Staaten gegenüber transnational agierenden ökonomischen Akteuren zu stärken.

Im dritten Teil des Bandes widmen sich die Autorinnen und Autoren der Veränderung von Protestkulturen über Zeit. Wer nimmt an Demonstrationen teil? Finden sich ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung noch Unterschiede zwischen Ost und West? Sind Proteste gegen Abschiebungen in Deutschland stärker politisiert als anderswo? Wie wurde das Modell der Montagsdemonstration seit der Wiedervereinigung genutzt und wie umkämpft ist deren historisches Erbe?

Christian Lahusen und Lisa Bleckmann fragen in ihrem Beitrag, ob sich die Protestteilnahme von Ost- und Westdeutschen unterscheidet, ob es Angleichungstendenzen gibt und ob eher sozialstrukturelle Faktoren in Verbindung mit politischen

Einstellungen oder aber Faktoren der politischen Kultur für Protestteilnahme, speziell: Demonstrationsbereitschaft und -teilnahme, verantwortlich sind. Diesen Fragen gehen sie vor allem anhand von drei repräsentativen Bevölkerungsumfragen der Jahre 1990, 1999 und 2013 nach. Es zeigt sich in Bezug auf friedliche Demonstrationen, dass die anfänglichen Unterschiede zwischen Ost und West in jüngster Zeit weitgehend verschwunden und noch bestehende Unterschiede eher gradueller als struktureller Natur sind. Protest ist zu einem »normalen« Mittel der politischen Beteiligung in Ost- und Westdeutschland geworden. Ein Hauptbefund lautet, »dass die kulturspezifischen Einstellungsmuster der ost- und westdeutschen Bevölkerung das Protestverhalten in den beiden Landesteilen weniger zuverlässig erklären als manche Standardprädikatoren (insbesondere politische Einstellungen und Präferenzen wie politisches Interesse, politische Orientierungen oder Postmaterialismus, zum Teil auch Sozialkapital), und zwar in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen«. Auch kann Demonstrationsbeteiligung immer weniger spezifischen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben werden. Diese Befunde beziehen sich freilich nur auf die Aktionsform des friedlichen Straßenprotests, sodass nicht auszuschließen ist, dass im Hinblick auf konfrontative oder gewaltförmige Proteste nach wie vor Unterschiede bestehen und dabei auch kulturspezifische Faktoren eine Rolle spielen.

Zwischen dem situativen Engagement Einzelner und organisierten Interessen verorten Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Nina Maria Merhaut und Marlen Kirchoff die Proteste gegen Abschiebung, die sie in einem Vergleich von Österreich und Deutschland im Zeitraum von 1993 bis 2003 untersuchen. In Österreich werden eher Einzelfälle und damit die Auslegung von Abschiebebestimmungen Gegenstand von Mobilisierungen, die stärker durch nicht organisierte Akteure getragen werden. In der Bundesrepublik wird dagegen die politisch geführte Infragestellung von Abschiebungen als Teil eines repressiven Migrationsregimes sichtbar. Entsprechend spielen organisierte Akteure aus der Menschenrechts- und Antirassismusbewegung eine größere Rolle. Es werden aber auch allgemeinere Charakteristika von Abschiebeprotesten erkennbar: sie zielen in der großen Mehrheit auf die Implementierung von Abschieberegulungen, ohne die Ein- und Ausschlüsse von Citizenship zu thematisieren; sie mobilisieren immer wieder auch politisch Unerfahrene aus verschiedenen sozialen Milieus, und sie verbinden sich nicht zu größeren, transnationalen Bewegungen. Alle Proteste wirken allerdings als eine effektive Störung des Abschiebebetriebs.

Dieter Rink rekonstruiert in seinem Kapitel, das der abschließenden Bilanz von Priska Daphi und Nicole Deitelhoff vorangestellt ist, wie sich die Form der Montagsdemonstration nach der Wiedervereinigung als ein Bezugspunkt von Leipziger Protestakteuren entwickelt hat. Lokale Netzwerke mit sehr unterschiedlicher thematischer Ausrichtung nutzten wiederkehrende Demonstrationen am Montagabend, um sich in eine Reihe mit den revolutionären Montagsdemonstrationen von 1989 zu stellen. Von den Protesten in Reaktion auf die Deindustrialisierung über Friedensproteste und Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV hat sich, so der Autor, ein »Protestparadigma« etabliert. Durch die Wahl von Zeitpunkt und symbolischen Orten wie auch durch die Übernahme von Parolen wie »Wir sind

das Volk« machten die nachfolgenden Zyklen Anleihen bei den Wendeprotesten und knüpften damit auch an deren Legitimität und Wirkungsversprechen an. Diese Bezugnahme war allerdings immer wieder umstritten. Insbesondere die Demonstrationen der »Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes«, entstanden in Anlehnung an das Dresdener Vorbild Pegida, zogen nicht nur die Kritik von ehemals in der Bürgerrechtsbewegung Aktiven auf sich, sondern auch ungleich größere Gegenproteste. In gegenwärtigen Protesten wird damit auch das historische Erbe der friedlichen Revolution verhandelt – in Leipzig allerdings mit deutlich mehr Emphase als an anderen Orten wie zum Beispiel Stuttgart oder Frankfurt/Main, wo Montagsdemonstrationen gegen Infrastrukturprojekte durchgeführt wurden.

Mit dem Thema »Protest« als Schwerpunkt dieses Bandes wird zwei neueren Entwicklungen Rechnung getragen: Zum Ersten findet Protest zunehmend als eine politisch wie wissenschaftlich relevante Kategorie Anerkennung und Beachtung. Zum Zweiten löst sich die Protestforschung zumindest teilweise aus ihrer Einbettung in den breiteren Rahmen der Bewegungsforschung und gewinnt damit eine gewisse Eigenständigkeit. Diese hat auch insofern ihre Berechtigung, als nicht alle Akteure, die zum Mittel des Protests greifen, als Bewegungsakteure zu verstehen sind. Zudem erweist sich Protest als ein durchaus komplexes Phänomen, dessen theoretische, methodische und empirisch-deskriptive Erschließung erhebliche Anforderungen stellt und damit auch konzertierte Anstrengungen nahelegt. Die hier versammelten Beiträge sind nicht mehr als einzelne Mosaiksteine im disparaten Feld der Protestforschung; sie fügen sich nicht zu einem kohärenten oder gar flächendeckenden Gesamtbild zusammen. Die nur zu einem geringen Grad institutionalisierte Forschung in diesem Bereich nimmt die realen Entwicklungen nur selektiv, oft auch nur unsystematisch auf. Insofern liefert dieser Band nicht mehr als eine Zwischenbilanz in einem sich dynamisch entfaltenden, aber noch keineswegs konsolidierten Forschungsfeld. Wir hoffen, mit dieser Publikation einige Anregungen für weiterführende Diskussionen und Forschungen geliefert zu haben.

Literatur

- Betz, Gregor J. 2016. *Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bödeker, Sebastian 2012. *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. OBS-Arbeitspapier 1. Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung (OBS).
- Brand, Karl-Werner 1990. »Cyclical Aspects of New Social Movements: Waves of Cultural Criticism and Mobilization Cycles of New Middle Class Radicalism«, in *Challenging the Political Order: New Social Movements in Western Democracies*, hrsg. v. Dalton, Russell J.; Kuechler, Manfred, S. 23-42. Cambridge: Polity Press.
- Cohn, Samuel K. Jr. 2006. *Lust for Liberty: The Politics of Social Revolt in Medieval Europe, 1200-1425*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Dalton, Russell J. 2014. *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. 6. Aufl. Thousand Oaks/CA: CQ Press.
- Daphi, Priska 2017. *Becoming a Movement. Identity, Narrative and Memory in the European Global Justice Movement*. London: Rowman & Littlefield International.

- Daphi, Priska; Kocyba, Piotr; Neuber, Michael; Roose, Jochen; Rucht, Dieter; Scholl, Franziska; Sommer, Moritz; Stuppert, Wolfgang; Zajak, Sabrina 2015 a. *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA*, Berlin: ipb working paper. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf (Zugriff vom 17.8.2017).
- Daphi, Priska; Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz; Stuppert, Wolfgang; Teune, Simon; Zajak, Sabrina 2015. *Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration »TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!« am 10. Oktober in Berlin*. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf (Zugriff vom 17.8.2017).
- della Porta, Donatella 2005. »Multiple belongings, tolerant identities, and the construction of «another politics»: between the European Social Forum and the Local Social Fora«, in *Transnational Protest and Global Activism*, hrsg. v. Donatella della Porta; Tarrow, Sidney, S. 175-202. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Dietze, Carola 2016. *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858-1966*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Earl, Jennifer; Kimport, Katrina 2013. *Digitally Enabled Social Change: Activism in the Internet Age*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Etzioni, Amitai 1970. *Demonstration Democracy*. New York et al.: Gordon and Breach.
- Fuchs, Dieter 1991. »The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements«, in *Political Participation and Democracy in Poland and West Germany*, hrsg. v. Meyer, Gerd; Ryszka, Franciszek, S. 148-165. Warsaw: Wydawca.
- Gailus, Manfred (Hrsg.) 1984. *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße 1830-1980*. Berlin: Verlag Europäische Perspektiven.
- Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter 1992. »Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany«, in *American Journal of Sociology* 98, 3, S. 555-595.
- Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia 1979. *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*. München: List.
- Hadjar, Andreas; Becker, Rolf (Hrsg.) 2007. *Die Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Häusler, Alexander; Virchow, Fabian 2016. *Neue soziale Bewegung von rechts?* Hamburg 2016: VSA.
- Hirschman, Albert O. 1982. *Shifting Involvements: Private Interest and Public Action*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hutter, Swen 2014. *Protesting Culture and Economics in Western Europe: New Cleavages in Left and Right Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hutter, Swen; Teune, Simon 2012. Politik auf der Straße. Deutschlands Protestprofil im Wandel«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25-26, S. 9-17.
- Jäckle, Sebastian; König, Pascal D. 2016. »The dark side of the German «welcome culture»: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015« in *West European Politics* 40, 2, S. 223-251.
- Kerbo, Harold R. 1982. »Movements of «crisis» and movements of «affluence». A critique of deprivation and resource mobilization theories«, in *Journal of Conflict Resolution* 26, 4, S. 645-663.
- Koopmans, Ruud; Rucht, Dieter 2002. »Protest Event Analysis«, in *Methods in Social Movement Research*, hrsg. v. Klandermans, Bert; Staggengborg, Suzanne, S. 231-259. Minneapolis; London: University of Minnesota Press.
- Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Dolezal, Martin; Helbling, Marc; Höglinger, Dominic; Hutter, Swen; Wüest, Bruno 2012. *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge; New York; Melbourne: Cambridge University Press.
- Marg, Stine; Trittel, Katharina; Schmitz, Christopher; Kopp, Julia; Walter, Franz 2016. *NoPe-gida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: transcript Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter 1993. »Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen«, in *Soziale Welt*, 44, 3, S. 305-326.

- Peterson, Abby; Reiter, Herbert 2016. *The ritual of May Day in Western Europe: past, present and future*. London/New York: Routledge.
- Pross, Harry 1992. *Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs*. München: Artemis & Winkler.
- Raschke, Joachim 1985. *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt; New York: Campus.
- Reichardt, Seven 2014. *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Frankfurt/M.; Suhrkamp.
- Roth, Roland; Rucht, Dieter 1987. »Einleitung«, in *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. v. Roth, Roland; Rucht, Dieter, S. 11-16. Frankfurt; New York: Campus.
- Rucht, Dieter 2003 a. »Einleitung: Vom Sinn eines Protestrituals«, in *Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale*, hrsg. von Dieter Rucht, S. 9-20. Opladen: Leske + Budrich.
- Rucht, Dieter 2003 b. »Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen«, in *Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*, hrsg. v. Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, Deutscher Bundestag, S. 17-155. Opladen: Leske + Budrich.
- Rucht, Dieter. 2003 c. »Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?« in *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16, 2, S. 10–13.
- Rucht, Dieter 2011. »The Strength of Weak Identities«, in *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24, 4, S. 73-84.
- Rucht, Dieter 2012. »Wandel der Protestformen«, in *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 1, 1, S. 6-13.
- Rucht, Dieter 2014. »Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste«, in *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, hrsg. v. Voss, Kathrin, S. 115-128. Wiesbaden: Springer VS.
- Rucht, Dieter; Baumgarten, Britta; Teune, Simon; Stuppert, Wolfgang 2010. »Kurzbericht: Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21«. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/08/S21-Kurzbericht.pdf> (Zugriff am 22.8.2017).
- Rucht, Dieter; Yang, Mundo 2004. »Wer demonstrierte gegen Hartz IV?« in *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 17, 4, S. 21–27.
- Tarrow, Sidney 1991. »'Aiming at a Moving Target': Social Science and the Recent Rebellions in Eastern Europe«, in *PS: Political Science & Politics*, 1, S. 12-20
- Tarrow, Sidney 1998. *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Teune, Simon; Ullrich, Peter 2015. Demonstrationsbefragungen – Grenzen einer Methode, in *Forschungsjournal soziale Bewegungen* 28, 2, S. 95-100.
- Tilly, Charles 1977. »Hauptformen kollektiver Aktion in Westeuropa 1500-1975«, in *Geschichte und Gesellschaft* 3, 2, S. 153-163.
- Tilly, Charles 1978. *From Mobilization to Revolution*. Reading: Addison-Wesley.
- Touraine, Alain 1974. *The Post-Industrial Society. Tomorrow's Social History: Classes, Conflicts and Culture in the Programmed Society*. London: Wildwood House.
- Turner, Ralph H. 1969. »The theme of contemporary social movements«, in *British Journal of Sociology* 20, 4, S. 390-405.
- Walker, Edward T. 2014. *Grassroots for Hire. Public Affairs Consultants in American Democracy*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Walter, Franz 2013. »Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft«, in *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, hrsg. von Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz, S. 301-343. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Zusammenfassung: Der einleitende Beitrag vermittelt einen knappen Überblick zum Wandel des Protestgeschehens der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten. Im Mittelpunkt stehen dabei vier Fragen: Zu welchen Themen wird protestiert? Wer protestiert und mobilisiert? Wie wird protestiert? Wie wird Protest kommuniziert? Antworten auf diese Fragen beruhen auf sekundäranalytischen Betrachtungen und auf eigenen empirischen Arbeiten der Verfasser. Zentrale Thesen sind: 1) Themen und Träger des Protests werden vielfältiger, teilweise auch spezifischer. 2) Die Grundformen des Protests bleiben relativ stabil, aber sie werden in ihren konkreten Erscheinungsformen und in der Nutzung durch unterschiedliche Gruppen variabler. 3) Die öffentliche Darstellung von Protest richtet sich immer stärker an medialen Erwartungen aus. Die Nutzung sozialer Medien erlaubt aber auch reichweitenstarke Kommunikation, die professionellen Journalismus umgeht. 4) Sowohl die logistische Organisation des Protests als auch dessen Inszenierung unterliegen einer Professionalisierungstendenz, die sich auch in der Nutzung neuer Medien spiegelt.

Schlüsselwörter: Protestthemen, Protestträger, Protestformen, Medien, Inszenierung, Professionalisierung

Introduction: Protest in Germany since the 1980s: Between continuity and change

Abstract: The introduction to the volume provides a condensed overview on the development of patterns of protest in the last few decades. It focuses on four questions: Which are the major themes of protest? Who protests and mobilizes? Which forms are used? How is protest communicated? The answers are based on both secondary analyses and the authors' own empirical investigations. The authors claim that 1) The themes as well as the carriers of protest become broader and more variegated, but partly also more specific. 2) The basic forms of protest remain stable, though their specific manifestations and combinations become more flexible and rich. 3) The public presentation of protest is increasingly influenced by expectations of mass media. However, social media allow to bypass professional journalism and still reach a mass audience. 4) The logistics of protest, the usage of computer-based technology, and the performative practices are becoming more professional.

Keywords: themes of protest, carriers of protest, forms of protest, mediatization, professionalization

Autorenangaben:

Prof. em. Dr. Dieter Rucht, Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.

c/o impuls e.V., Kieffholzstr. 20, 12435 Berlin, dieter.rucht@wzb.eu

Dr. Simon Teune, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin, Hardenbergstraße 16-18, 10623 Berlin, teune@ztg.tu-berlin.de